

Wahlprüfsteine 2021: Familie im Mittelpunkt?!

Familien sind systemrelevant – was seit jeher galt, ist in der Corona-Pandemie ganz besonders deutlich geworden. Jede künftige Bundesregierung muss sich daran messen lassen, ob sie Familien in den Mittelpunkt stellt und Menschen Mut zu Kindern macht. Wer Familien stärkt, stärkt die Zukunft.

Der Deutsche Familienverband (DFV) hat die Parteiprogramme zur Bundestagswahl auf einen scharfen Familien-TÜV gestellt. Wir haben die Parteien aufgenommen, die untereinander potenzielle Koalitionsbereitschaft bekundet haben und die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und Linken mit den zentralen Anforderungen an eine krisensichere und nachhaltige Familienpolitik verglichen:

1. **Selbstverantwortung ermöglichen**: Gemäß dem Prinzip der Subsidiarität muss der Staat die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass jede Familie die Möglichkeit hat, mindestens ihr Existenzminimum selber zu erwirtschaften.
2. **Sozialstaatsprinzip**: Familien, die nicht in der Lage sind, das Existenzminimum selbst zu erwirtschaften, muss der Sozialstaat mit Transferleistungen helfen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten.
3. **Gerechtigkeit**: Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein.
4. **Wahlfreiheit**: Der Staat muss die Entscheidungen der Familien anerkennen und unterstützen.

Auf diese wichtigen Themen haben wir besonders scharf geschaut:

- ❖ **Gesamteindruck**: Stellen die Parteien Familien in den Mittelpunkt ihres Programms? Wo wollen sie nach einem Wahlsieg ihre familienpolitischen Schwerpunkte setzen und fordern sie mutige neue Wege wie zum Beispiel ein Wahlrecht ab Geburt?
- ❖ **Finanzielle Perspektiven**: Was haben Familien bei Kindergeld und Kinderfreibetrag zu erwarten? Wie stehen die Parteien zum Ehegattensplitting?
- ❖ **Beitragsentlastung und Rente für Eltern**: Bekennen sich die Parteien zum Ziel einer familiengerechten Sozialversicherung?
- ❖ Setzt sich die Wohnungsnot für Familien fort oder machen die Parteien Hoffnung auf **bezahlbares und familiengerechtes Wohnen**?
- ❖ Das **deutsche Bildungssystem** hat den Corona-Test nicht bestanden. Wie wollen die Parteien die Bildung zukunftsfähig machen und den Bildungsort Familie stärken?

- ◆ *Welches Leitbild verfolgen die Parteien beim Thema **Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit**? Geben Sie Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung und Zeit für Kinder?*
- ◆ *Alle Versprechen haben wir außerdem darauf hin geprüft, ob sie die Bedürfnisse von Familien mit mehreren Kindern berücksichtigen – denn Zukunft gibt es nur mit **Mehr-Kind-Familien**.*

Soviel vorab:

Auch im Wahljahr 2021 gibt es nicht die Partei für Familien. Auch neue Wege zu einer zukunftsfähigen Politik wie ein Wahlrecht ab Geburt oder ein Familien-TÜV für Gesetze haben es in keines der Wahlprogramme geschafft.

Aber im Blick auf die Bedeutung der Familie, ihre Entscheidungsfreiheit und ihre finanzielle Situation werden Unterschiede zwischen den Parteien deutlich – auch wenn diesmal vieles (bewusst?) im Vagen bleibt:

Deutliche Unterschiede zeigen sich beim Wahlkampfthema Ehegattensplitting – hier können die Streichungspläne bei SPD, Grünen und der Linken gerade für Familien mit mehreren Kindern richtig teuer werden.

Klar werden die verschiedenen Positionen auch beim Familienwohnen: Während Union und FDP stärker aufs Wohneigentum setzen, stehen die anderen Parteien eher für eine Mieterpolitik und verlieren bauwillige Familien aus dem Blick – für alle gilt allerdings, dass noch ein gutes Stück Familienorientierung in die Wohnungspolitik hineingehört.

Beim Finanziellen – Stichwort Steuergerechtigkeit und Familienförderung – bleiben die Aussagen zu unbestimmt, um schon nachrechnen und vergleichen zu können. Generell gilt: Union und FDP setzen auf Kindergeld und Kinderfreibetrag, aber die Schritte sind zu zögerlich. Bei einer Regierungsbeteiligung muss nach der Wahl nachgelegt werden. SPD, Grüne und Linke wollen mit der Kindergrundsicherung in eine neue Richtung, bei der Auswirkungen und Risiken für Familien noch nicht abschätzbar sind – hier ist nach der Wahl Vorsicht und genaue Analyse geboten.

Parteiübergreifend enttäuschend: Die vom DFV zusammen mit Tausenden Familien eingeforderte Beitragsgerechtigkeit für Familien in der Sozialversicherung hat es nicht in die Wahlprogramme geschafft. Hier haben die Parteien die historische Chance vertan, einmal schneller zu sein als das Bundesverfassungsgericht. Stattdessen haben Familien von SPD, Grünen und der Linken – trotz mancher Versprechungen – eher Verarmung als Verbesserung zu befürchten, weil diese Parteien das Ehegattensplitting abschaffen wollen.

Die Bildungspolitik und vor allem eine bessere digitale Bildung nehmen auch angesichts der schlimmen Erfahrungen mit pandemiebedingten Schulschließungen in allen Programmen großen Raum ein. Gerade bei diesem Thema wird es aber auch gerne „wolzig“ in den Parteiprogrammen – und nicht immer werden die Versprechen auch mit der Zusage höherer Finanzmittel für die Bildung unterlegt. Zu kurz kommen

auch die Stärkung des wichtigen Bildungsorts Familie und vor allem eine Politik, die Eltern mehr Zeit für ihre Kinder gibt.

Dass Zeitmangel auch künftig ein Problem für Familien bleiben wird, zeigen auch die Aussagen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Auch wenn sich die Aussagen zur Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung bei den Parteien unterscheiden, besteht bei allen untersuchten Programmen die Gefahr, dass die Bedürfnisse von Eltern und Kindern einer zu einseitig wirtschafts- und erwerbsorientierten Familienpolitik geopfert werden. Dieser Trend zur „arbeitsmarktgerechten Familie“ trifft vor allem die Mehr-Kind-Familien: Ihre Bedürfnisse kommen bei so gut wie allen Parteien zu kurz.

1. Gesamteindruck: Familie im Mittelpunkt?

- *Bekannt sich die Partei klar zur Familie und zu ihrer systemrelevanten Bedeutung? Gibt es ein eigenständiges Familienkapitel oder wird Familie eher nebenher „mitgedacht“?*
- *Familien waren und sind Hauptleidtragende der Pandemie, aber ihre Bedürfnisse wurden so gut wie nicht berücksichtigt. Welche Schwerpunkte wollen die Parteien setzen, um Familien endlich in den Mittelpunkt zu stellen?*
- *Wird die Bedeutung von Mehr-Kind-Familien angesprochen?*
- *Eine nachhaltige Familienpolitik braucht Strategien, die Familie in den Mittelpunkt stellen. Der DFV fordert deshalb ein Wahlrecht ab Geburt, das treuhänderisch von den Eltern ausgeübt wird, bis die Kinder alt genug sind, selbst zu wählen (Wahlmündigkeit). Gefordert ist außerdem ein verbindlicher Familien-TÜV, also eine verbindliche Familienverträglichkeitsprüfung für alle Gesetze. Wie wollen die Parteien der Zukunft eine Stimme geben?*

CDU/CSU:

Ziele: CDU und CSU haben ein gemeinsames Wahlprogramm veröffentlicht, die CSU ergänzend ein Programm für Bayern. Im gemeinsamen Unions-Programm hat es die Familie zwar nicht an den Anfang geschafft, aber es gibt ein eigenes Familienkapitel. Unter dem Motto „Deutschland als Chancen- und Familienland“ heißt es: „Es geht insgesamt um eine Politik, die Familien konsequent in den Mittelpunkt stellt. Der Schutz der Familie unter sich wandelnden Bedingungen ist für die Union eine Grundkonstante.“ Familienfreundlichkeit soll Markenzeichen einer jeden unionsgeführten Bundesregierung sein. Die CSU hat sogar gleich ihr erstes Kapitel „Vorfahrt für Familien“ genannt.

Die Union will Familien finanziell stärken, ihnen mehr Zeit, Raum und Unterstützung geben. Im Unions-Programm klafft aber teilweise eine Kluft zwischen Anspruch und Zusagen. Gut, wenn auch ausbaufähig sind die Maßnahmen zum Wohneigentum, aber gerade das Thema Finanzen ist sehr vage geraten, so dass für die Familien nicht klar wird, wo es mit der Union hingehet. Die Beitragsgerechtigkeit für Familien in der Sozialversicherung hat es nicht mehr ins Wahlprogramm geschafft, auch die Mehr-Kind-Familien werden nicht mehr gesondert erwähnt. Zudem stellt die Union

alle finanzwirksamen Aussagen unter einen Finanzierungsvorbehalt: Am Ende der Pandemiemaßnahmen soll es einen Kassensturz für die öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherung geben, der über Investitionen und Entlastungen entscheidet.

Strategien: Das Wahlrecht ab Geburt kommt im Unionsprogramm nicht vor. Auch ein Familien-TÜV für Gesetze hat es nicht ins Programm geschafft. Eine bessere Gesetzesfolgenabschätzung ist nur mit Blick auf die Ökologie geplant.

SPD:

Ziele: Zu einem eigenen Kapitel haben es die Familien nicht gebracht. In der zweiten Hälfte des Programms ist unter „Gut aufwachsen“ Kindern und Familien ein Abschnitt gewidmet. Hier heißt es: „Kinder und Jugendliche brauchen starke Familien. Sie brauchen Liebe, Zuwendung und viel gemeinsame Zeit. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt davon ab, dass sich Menschen für Kinder entscheiden und sie auf ihrem Weg in ein selbständiges Leben bestmöglich begleiten“. Gerade an der Zeit für Familien könnte es aber scheitern. Denn in den Vordergrund will die SPD die Gleichstellung von Frauen und Männern stellen, die alle Bereiche durchziehen soll. Ein wichtiges Ziel, das aber mit stark erwerbsorientierten familienpolitischen Maßnahmen einhergeht. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Gleichstellung unterschiedlicher Familienformen.

Als Alternative zum „klassischen Ehe-Modell“ will die SPD vielfältige Familienmodelle rechtlich absichern und eine neue Verantwortungsgemeinschaft nach französischem Vorbild schaffen. Damit sollen z.B. Regenbogenfamilien dabei unterstützt werden, füreinander Verantwortung zu übernehmen, wenn sich mehrere Menschen mit oder anstelle der biologischen Eltern um Kinder kümmern. Vergessen wurden bei dem Versuch der großen Vielfalt aber leider die Mehr-Kind-Familien, sie haben im Gegenteil sogar Verschlechterungen zu befürchten. Problematisch ist vor allem die geplante Abschaffung des Ehegattensplittings. Die SPD spricht sich gegen eine Sparpolitik nach Corona aus und will die im Wahlprogramm formulierten Schwerpunkte sicherstellen – viele wichtige Maßnahmen haben es aber gar nicht erst ins Programm geschafft. Das gilt auch für die Beitragsgerechtigkeit in der Sozialversicherung.

Strategien: Die SPD will Kinderrechte auf Schutz, Beteiligung und Förderung und den Vorrang des Kindeswohls im Grundgesetz verankern – hierfür liegt bereits eine gesetzliche Grundlage vor, die die verfassungsrechtliche Balance von Kinder- und Elternrechten wahrt und wieder angegangen werden sollte. Die SPD fordert die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, die aber 16 Jahrgänge vom Wahlrecht ausschließt. Vorgesehen ist außerdem ein Jugend-Check für Gesetze – ein Familien-TÜV, der die Auswirkungen auf die ganze Familie in den Blick nimmt, fehlt.

Bündnis 90/Die Grünen:

Ziele: Die Grünen haben hat das längste Wahlprogramm vorgelegt. Für ein eigenes Familien-Kapitel hat es aber leider nicht gereicht. Kindern und Familien ist ein Abschnitt gewidmet. Unter dem Titel „Kinder in den Mittelpunkt“ heißt es: „Kinder

müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind Menschen mit eigenen Bedürfnissen, die es zu erkennen und zu stärken gilt.“ Ein wichtiger Schwerpunkt, der das ganze Programm überwölbt, ist die Gleichstellungspolitik. Das gerät teilweise in Konflikt mit Familienbelangen: Am deutlichsten bei der Forderung, das Ehegattensplitting abzuschaffen.

In der finanziellen Familienförderung steht die Armutsbekämpfung im Vordergrund, kindbezogene Entlastungen bei der Steuer oder den Sozialabgaben sind nicht vorgesehen. Insgesamt setzen die Grünen eher auf einen starken Sozialstaat, starke Institutionen und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur als auf direkte Entlastung und Förderung. Die Grünen wollen alle Familienformen im Familienrecht absichern. Auch Mehr-Eltern-Familien und soziale Elternschaft sollen gestärkt werden. Mit dem „Pakt für das Zusammenleben“ soll es außerdem eine neue Rechtsform geben, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert. Nicht in den Fokus nehmen die Grünen die Mehr-Kind-Familien – ihre Bedürfnisse sind über dem Einsatz für Mehr-Eltern-Familien leider komplett aus dem Blick geraten.

Strategien: Die Grünen wollen eigenständige Kinderrechte im Grundgesetz verankern – auch sie haben aber dem Gesetzentwurf in der laufenden Legislaturperiode nicht zum Durchbruch verholfen. Das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen wollen die Grünen auf 16 Jahre absenken. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen die Grünen das Wahlalter gegebenenfalls weiter absenken. Formulierungen wie „Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger*innen, vom Kindes- bis ins hohe Alter“ zeigen, dass mehr drin gewesen wäre – auch hier bleiben also 16 Jahrgänge noch ohne Wahlrecht. Die Grünen wollen einen Gender-Check für Gesetze und Maßnahmen einführen. Ein Familien-TÜV ist hingegen nicht vorgesehen.

FDP:

Ziele: Ein eigenständiges Familienkapitel gibt es im FDP-Programm nicht. Im Abschnitt zur Familie liegt der Schwerpunkt auf familienrechtlichen Änderungen. „Wen wir lieben, wie wir lieben, wie wir Kinder erziehen oder aufziehen – darin müssen wir alle frei sein. Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen.“ Mehrelternschaften sollen rechtlich anerkannt werden. Bis zu vier Elternteile sollen im Interesse des Kindeswohls rechtliche Eltern sein können.

Neben der Ehe will die FDP für zwei oder mehr volljährige Personen, die sich nahestehen, aber nicht miteinander, verheiratet, verpartnert oder direkt verwandt sind, gesetzlich eine Verantwortungsgemeinschaft verankern. Mehr-Kind-Familien stehen dagegen auch bei der FDP nicht im Fokus. Im Sinne eines liberalen Feminismus will sich die FDP für die „Selbstbestimmung frei von gesellschaftlichen Rollenzuweisungen“ und eine stärkere Erwerbstätigkeit von Müttern einsetzen. Gute, wenn auch noch ausbaufähige Ansätze finden sich beim Familienwohnen und bei der Familienbesteuerung.

Strategien: Die FDP will die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen durch eine Generationenbilanzierung ergänzen, die die Leistungen der Gesellschaft für folgende Generationen den entstehenden Lasten gegenüberstellt. Ein Familien-TÜV hat es nicht ins Programm geschafft. Beim Wahlrecht fordert die FDP wie die SPD und die Grünen die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 für die Wahlen zum Bundestag und zum EU-Parlament. „Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation und das vornehmste Recht in einer Demokratie“, heißt es im Programm. Aber auch bei der FDP bleiben 16 Jahrgänge ohne dieses wichtige Grundrecht.

Die Linke:

Ziele: Ein eigenes Familienkapitel gibt es im Linken-Programm nicht. Unter dem Titel „Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen“ heißt es in einem kurzen Abschnitt: „LINKE Familienpolitik zielt darauf ab, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen – für alle Familienformen unabhängig der Herkunft, sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Dafür wollen wir soziale und öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen ausbauen und gute soziale Sicherungen einführen, damit Familie und Beruf besser vereinbar werden.“ Im Mittelpunkt soll dabei die Bekämpfung von Kinderarmut stehen. Eine Entlastung von Familien bei Steuern und Sozialabgaben ist nicht im Fokus des Programms. Insgesamt setzt die Linke eher auf einen starken Staat als auf eine direkte Familienförderung: Pflege, Bildung, Erziehung, Wohnen – alles soll am besten öffentlich organisiert werden. Die Linke spricht sich gegen Kürzungen zulasten von Familien aus, insbesondere bei Dienstleistungen in der Erziehung, Pflege, sozialen Arbeit und Bildung.

Mit einem linken Feminismus will die Partei gegen eine „Retraditionalisierung der Geschlechterrollen“ kämpfen und setzt dazu auch auf die Abschaffung des Ehegattensplittings, welche aber Familien teuer zu stehen kommt. Weiterer Schwerpunkt ist die rechtliche Gleichstellung aller Lebensweisen, bei denen Verantwortung für andere übernommen wird. Der besondere Schutz und die Förderung durch Staat und Gesellschaft sollen in Zukunft nicht Ehepaaren vorbehalten sein, sondern denjenigen zugutekommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Geplant ist u.a. ein Wahlverwandtschaftsrecht, in dem nicht nur (heterosexuelle) Paare Verantwortung füreinander übernehmen, sondern zum Beispiel auch Mehrelternfamilien mit zwei lesbischen Müttern und zwei schwulen Vätern.

Die Bedürfnisse von Mehr-Kind-Familien stehen nicht im Fokus des Programms. Insgesamt scheint in dem bewusst so benannten „linken Programm“ sehr viel Klassenkampf auf: zwischen Frauen und Männern, zwischen Oben und Unten, zwischen Arbeit und Kapital und Ost gegen West. Die Linke setzt sich für die Überwindung des Kapitalismus ein. Sie bekennt sich zu einem umfassenden Systemwechsel will eine grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Strategien: Familienorientierte Strategien bei der Gesetzgebung wie eine verbindliche Familienverträglichkeitsprüfung für Gesetze sieht die Linke nicht vor. Die Linke setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene

auf 14 Jahre ein – damit gehen die Linken am weitesten von den untersuchten Parteien, aber auch hier bleiben noch 14 Jahrgänge ohne Wahlrecht. Ganz knapp und ohne Erläuterung heißt es auch, dass die Linke Kinderrechte im Grundgesetz verankern will.

2. Kindergeld, Kinderfreibetrag, Ehegattensplitting: Was haben Familien finanziell zu erwarten?

- *Um Steuergerechtigkeit für alle Familien zu garantieren, muss in der Einkommensteuer der Gesamtkinderfreibetrag (also der Freibetrag für das sächliche Existenzminimum und den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf) auf die Höhe des Grundfreibetrags für Erwachsene (z.Zt. 9.744 Euro/Jahr) angehoben werden. Das Kindergeld, das mit dem Kinderfreibetrag verrechnet wird, muss entsprechend mitziehen: Damit dem Staat jedes Kind gleich viel wert ist, fordert der DFV ein Kindergeld in Höhe der maximalen steuerlichen Wirkung des Kinderfreibetrags – das sind beim geltenden Spitzensteuersatz von 42% schon gut 340 Euro pro Monat. Wie viel ist ein Kind den Parteien wert?*
- *Einen scharfen Blick haben wir in diesem Wahlkampf auf die Wahlaussagen zum Ehegattensplitting geworfen. Das Ehegattensplitting ist die sachgerechte und verfassungskonforme Besteuerung der Ehe als Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft. Wer es abschafft, verstößt gegen die Verfassung und macht gerade Familien mit mehreren Kindern noch ärmer, als sie schon sind. Selbst vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass bei der Abschaffung des Ehegattensplittings Familien mit nur einem oder anderthalb Einkommen mit mehreren Milliarden Euro Mehrbelastung zu rechnen haben. Garantieren die Parteien den Familien Steuergerechtigkeit oder stehen sie schon mit einem Fuß in Karlsruhe?*
- *Familien zahlen nicht nur Einkommensteuern, sondern auch Verbrauchsteuern – und die wirken regressiv und sind familienblind. Besonders leiden deshalb Familien mit mehreren Kindern und geringerem Einkommen unter der Mehrwertsteuer und den teuren Energiesteuern. Der DFV fordert sofort den ermäßigten Steuersatz von 7% auf Kinderprodukte und langfristig die Rückerstattung von Verbrauchsteuern, die auf den Unterhalt für Kinder entfallen. Stehen die Parteien für eine Kinderkomponente in den Verbrauchsteuern?*

CDU/CSU:

Steuergerechtigkeit und Kindergeld: Großer Pluspunkt: Die Union bekennt sich klar zum Ehegattensplitting. Weniger klar wird es beim Kinderfreibetrag: Zusätzlich zum Ehegattensplitting will die Union Ansätze entwickeln, um Kinder positiv zu berücksichtigen. Perspektivisch strebt sie den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und will damit den Einstieg in ein „Kindersplitting“ finden – das klingt leider sehr nach langer Bank. Die CSU wird etwas konkreter: Sie will das Ehegattensplitting ab 2023 um ein „Kindersplitting“ mit dem vollen Grundfreibetrag für Kinder ergänzen. Vorgesehen ist im Unions-Programm außerdem, dass der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende perspektivisch von 4.008 auf 5.000 Euro erhöht werden soll. Zur

künftigen Erhöhung des Kindergelds schweigt das Unionsprogramm. Es findet sich nur der kryptische Hinweis, dass die Union einen weiteren Schritt abhängig von der wirtschaftlichen Lage verwirklichen will.

Mehrwertsteuer: Eine Mehrwertsteuersenkung auf Kinderprodukte stellt die Union nicht in Aussicht. Die CSU fordert in ihrem Zusatzprogramm zwar Entlastungen für die Gastronomie und die Landwirtschaft, eine Kinderkomponente sieht aber auch sie nicht vor.

SPD:

Steuergerechtigkeit und Kindergeld: Die SPD verspricht mehr Steuergerechtigkeit –Familien haben faktisch allerdings in Zukunft eher weniger Steuergerechtigkeit zu erwarten. Denn die SPD will das Ehegattensplitting für künftige Ehen abschaffen. Zur Ausgestaltung äußert sich die SPD im Wahlprogramm nicht. Sicher ist aber, dass die Abschaffung des Ehegattensplittings nicht die von der SPD angeführten Großverdiener trifft, sondern vor allem Familien mit mehreren Kindern, die besonders häufig nur ein oder anderthalb Einkommen haben und schon jetzt nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben an der Armutsgrenze leben.

Statt des Ehegattensplittings will die SPD eine Kindergrundsicherung einführen, die Kindergeld und steuerlichen Kinderfreibetrag ersetzen sowie bisherige Sozialleistungen bündeln soll. Vorgesehen ist dafür ein existenzsicherndes Kindergeld, das nach dem Einkommen der Familie gestaffelt ist und besonders Familien mit geringerem Einkommen unterstützen soll. Der monatliche Basisbetrag soll bei ca. 250 Euro liegen, der Höchstbetrag soll sich an den Ausgaben von Familien mit mittlerem Einkommen für Bildung und Teilhabe orientieren und mindestens doppelt so hoch sein wie der Basisbetrag. Im Höchstbetrag sollen das sächliche Existenzminimum inklusive Wohnkostenpauschale sowie Bildungs- und Teilhabekosten enthalten sein. Die Kriterien zur Regelsatzermittlung will die SPD weiterentwickeln. Weil noch nicht alle Beträge bekannt sind und weil noch nicht beschrieben wird, wie das Einkommen angerechnet und der Betrag abgeschmolzen wird, lässt sich nicht berechnen, was bei der einzelnen Familie ankommt.

Das Modell birgt aber durchaus Sprengstoff: Schon die Abschaffung der steuerlichen Kinderfreibeträge wirft die Frage nach der horizontalen Steuergerechtigkeit auf. Zumindest der Basisbetrag bietet zudem Familien mit mehreren Kindern kinderzahlabhängig gar keine Verbesserung. Auch für Familien im Transferbezug kann die Bündelung von Leistungen sogar zu Verschlechterungen führen. Insgesamt fehlt hier die Transparenz, um die SPD-Forderung mit einer echten Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag zu vergleichen – und über das Aus fürs Splitting werden Familien dafür auch noch selbst zur Kasse gebeten.

Mehrwertsteuer: Eine Entlastung von Familien bei der Mehrwertsteuer ist nicht vorgesehen.

Bündnis 90/ Die Grünen:

Steuergerechtigkeit und Kindergeld: Großer Stolperstein für Familien ist auch bei den Grünen – wie bei SPD und Linken – die geforderte Abschaffung des Ehegattensplittings. Die Grünen wollen für neu geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer soll der Zweitverdiener entlastet werden, indem das Faktorverfahren zur Regel und die Steuerklasse 5 für Zuverdiener abgeschafft wird. Paare, die bereits verheiratet sind, sollen sich entscheiden können, ob sie sich einzeln veranlagten oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wollen. Alleinerziehende sollen eine Steuergutschrift bekommen. Die Milliarden, auf die die Grünen bei der Abschaffung des Splittings hoffen und die z.B. für die Kindergrundsicherung (siehe unten) eingesetzt werden sollen, werden allerdings im Familienportemonnaie fehlen.

Der Grundfreibetrag in der Einkommensteuer soll erhöht werden, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten – allerdings nur für Erwachsene. Den steuerlichen Kinderfreibetrag wollen die Grünen abschaffen, er soll wie das Kindergeld in der Kindergrundsicherung aufgehen, mit der die Grünen Kinderarmut bekämpfen wollen und die auch das Sozialgeld für Kinder und den Bedarf für Bildung und Teilhabe zusammenfassen soll. Jedes Kind soll einen festen Garantiebtrag bekommen. Kinder in Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten zusätzlich einen „GarantiePlus-Betrag“.

Bei Alleinerziehenden soll anders als beim Kindergeld die Grundsicherung nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Die Kindergrundsicherung wollen die Grünen mit einer Neuermittlung dessen verbinden, was Kinder zum Leben brauchen. Weil keine Beträge genannt werden, lässt sich das Modell noch nicht durchrechnen. Ein Problem wird aber bereits deutlich: Eigentlich wollen die Grünen mit der Kindergrundsicherung vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehr als zwei Kindern besonders fördern – gerade Mehr-Kind-Familien werden aber über die Abschaffung des Ehegattensplittings besonders zur Kasse gebeten.

Mehrwertsteuer:

Die Grünen wollen „ungerechtfertigte Ausnahmen im Bereich der Umsatzsteuer“ abbauen, um mehr Fairness bei der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu erreichen. Eine Mehrwertsteuerermäßigung auf Kinderprodukte ist laut Programm nicht vorgesehen.

FDP:

Steuergerechtigkeit und Kindergeld: Die FDP will am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaft festhalten. Der Freibetrag für Alleinerziehende soll angehoben werden. In die richtige Richtung geht auch die Zusage, den steuerlichen Kinder- und Auszubildendenfreibetrag anzuheben, die aber leider nicht konkretisiert wird. Das Programm deutet außerdem an, es könne sinnvoll sein, künftig stärker mit von der Steuerschuld abzuziehenden Steuergutschriften zu arbeiten, damit die Freibeträge besser für die niedrigen bis mittleren Einkommen wirken. Diese Umstellung könnte für den steuerlichen Kinderfreibetrag allerdings verfassungsrechtlich problematisch werden – hier wäre die FDP mit dem DFV-Kindergeld in Höhe der maximalen steuerlichen Wirkung des Kinderfreibetrags auf

der sichereren Seite. Beim Kindergeld fordert die FDP ein bislang nur stichwortartig beschriebenes und noch nicht beziffertes Kinderchancengeld. Es soll aus Grundbetrag, Flexibetrag und einem nicht materiellen „Chancenpaket“ bestehen. Die Angebote für bessere Bildung und Teilhabe werden ausgeweitet und sollen von Kindern und Jugendlichen selbstständig über ein Kinderchancenportal abgerufen werden.

Mehrwertsteuer: Eine Mehrwertsteuerermäßigung für Kinderprodukte ist nicht geplant.

Die Linke:

Steuergerechtigkeit und Kindergeld: Die Linke will das Ehegattensplitting mit „sozialverträglichen Übergangsregelungen“, die nicht näher beschrieben werden, abschaffen und durch eine Individualbesteuerung ersetzen. Das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum soll zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartnern übertragbar sein. Das Geld will die Linke in eine Kindergrundsicherung stecken. Den Steuerfreibetrag in der Einkommensteuer will die Linke auf 14.400 Euro im Jahr erhöhen – allerdings nur für Erwachsene, der Kinderfreibetrag wird wie das Kindergeld abgeschafft zugunsten der Kindergrundsicherung.

Dafür fordert die Linke eine finanzielle Unterstützung bei materieller und monetärer Armut, die sich am Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung orientieren und die bestehenden Transferleistungen für Familien (bis auf den Unterhaltsvorschuss) ersetzen soll. Die Höhe soll abgestuft ausfallen. Für die ärmsten Kinder soll es 630 Euro geben, danach wird der Betrag mit dem Einkommen der Eltern bis auf 328 Euro abgeschmolzen. Die Kindergrundsicherung ist als Leistung für das Kind geplant und soll nicht bei Sozialleistungen der Eltern oder im Steuerrecht als Einkommen der Eltern angerechnet werden.

Ein Blick auf das Bündnismodell zeigt allerdings, dass der höchste Betrag der Kindergrundsicherung nur so lange gelten soll, bis staatliche Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung gebührenfrei zur Verfügung stehen. Auch wie sich die Bündelung von Sozialleistungen auf die einzelne Familie auswirkt, bleibt fraglich – sicher ist aber auch hier, dass gerade Familien mit mehreren Kindern ihre Leistungen über die Abschaffung des Ehegattensplittings und die Bündelung von Familienleistungen weitgehend selbst finanzieren werden

Mehrwertsteuer: Die Linke fordert, auf Produkte für Kinder nur den ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu erheben. Das ist sehr gut.

3. Beitragsgerechtigkeit und Sozialversicherung: Familienblind oder familiengerecht?

- *Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber vorgegeben, dass die Erziehung von Kindern bei der Beitragsgestaltung der umlagefinanzierten Sozialversicherungen berücksichtigt werden muss. Trotzdem zahlen Eltern immer noch hohe Sozialbeiträge auf das Existenzminimum ihrer Kinder. Bezogen auf die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung summieren sich diese Strafabgaben*

auf über 230 Euro monatlich – das ist mehr als das Kindergeld. Dagegen klagt der DFV zusammen mit dem Familienbund der Katholiken (FDK) und rund 3.000 Familien beim Bundesverfassungsgericht (www.elternklagen.de). Der DFV fordert zur Berücksichtigung der Erziehungsleistung einen Kinderfreibetrag in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung nach dem Vorbild des steuerlichen Kinderfreibetrags. Wie wollen die Parteien Beitragsgerechtigkeit gewährleisten?

- *Laut Bundesverfassungsgericht hat die Erziehung von Kindern bestandssichernde Bedeutung für die Rente – aber noch immer haben Eltern aus rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten pro Kind nur gut 100 Euro Rente zu erwarten, Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, sogar noch etwas weniger. Für mindestens 18 Jahre Zuwendung, Unerhaltungspflicht fordert der DFV, dass die Erziehung von drei Kindern über 18 Jahre einem vollen Rentenanspruch zu Durchschnittsverdiensten entspricht. Wie viel sind die Kinder den Parteien in der Rente wert?*
- *Stichwort Pflege: Familien sind die größte Pflegestation der Nation und halten mit der Pflege von Angehörigen die Pflegeversicherung über Wasser. Aber ausgerechnet das Pflegegeld bei der Pflege durch Angehörige ist viel niedriger als die Sachleistungen durch Pflegedienste und im Heim. Der DFV fordert die Erhöhung des Pflegegeldes auf den Satz für ambulante Sachleistungen und eine bessere sozialrechtliche Absicherung für Pflegenden. Wie wollen die Parteien die Pflege in der Familie unterstützen?*

CDU/CSU:

Beitragsgerechtigkeit: Die Berücksichtigung der Erziehungsleistung bei den Sozialbeiträgen entsprechend den Vorgaben der Verfassung findet sich bei der Union nicht im Programm. Eine echte Enttäuschung: Denn die CDU hatte sich dazu schon einmal ausdrücklich in einem Parteitagbeschluss bekannt. Statt Entlastungen könnten auf Familien sogar weitere Kosten zukommen. Die Union plant nämlich eine sogenannte „Generationenrente für eine Altersvorsorge von Geburt an“ und will prüfen, wie man die Generationenrente mit einem staatlichen Monatsbeitrag in einen Pensionsfonds ausgestalten kann.

Die CSU wird dazu etwas konkreter: Bei der Generationenrente soll der Staat ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind in einen „Generationen-Pensionsfonds“ einzahlen. „Der Staat“ sind allerdings alle, auch die Familien, die das Ganze – als Beitrags- oder Steuerzahler – mitfinanzieren sollen, obwohl sie ohnehin schon mit Rentenbeiträgen und Kindererziehung doppelt in die Zukunft der Rente einzahlen. Auch der Pflegevorsorgefonds, gegen den der DFV vor dem Bundesverfassungsgericht klagt, soll bis 2050 verlängert werden.

Rente für Eltern: Eine Ausweitung der rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten ist im gemeinsamen Unions-Programm nicht geplant. Die CSU fordert in ihrem Zusatzprogramm, dass Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, drei Rentenpunkte Kindererziehungszeiten erhalten, also endlich wenigstens genauso viel wie jüngere Eltern und will das zu einer Grundbedingung für die nächste Bundesregierung machen – ein wichtiger Schritt, wenn auch noch lange keine gute Elternrente.

Pflege in der Familie: Die Union will das Pflegegeld dynamisieren und setzt sich für eine Regeldynamisierung für alle Leistungen auf Grundlage der Lohnentwicklung ein. Das ist ein richtiges Signal, die Kluft zwischen dem Pflegegeld bei Pflege durch Angehörige einerseits und den ambulanten und stationären Sachleistungen andererseits bliebe allerdings bestehen.

SPD:

Beitragsgerechtigkeit: Auch die SPD setzt sich nicht für Beitragsgerechtigkeit von Familien ein, ein Kinderfreibetrag in Rente, Pflege und GKV, der Arbeitnehmerfamilien entlasten würde, ist nicht vorgesehen Stattdessen steht zu befürchten, dass Familien wegen der gleichzeitig geplanten Ausweitung von Leistungen wie der Erhöhung des Rentenniveaus und der Umstellung auf eine Pflegevollversicherung noch stärker zur Kasse gebeten werden als bisher. Zur Finanzierung weist die SPD zwar auf ihren Plan hin, weitere Personengruppen und Einkommen in die Sozialversicherung einzubeziehen. Sie will die Pflege- und Krankenversicherung auf eine Bürgerversicherung umstellen und alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung aufnehmen und die Sondersysteme auf lange Sicht überwinden. Das hilft aber Familien nicht weiter, solange das Kindesexistenzminimum nicht von Beiträgen freigestellt wird.

Rente für Eltern: Unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten sollen bei den Renten gerechter behandelt werden. Angesprochen, wenn auch noch nicht konkretisiert, wird aber nur die langjährige Pflege von Familienmitgliedern, die sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken und Altersarmut bedeuten dürfe. Für die Kindererziehungszeiten wird kein konkretes Rentenplus genannt.

Pflege in der Familie: Eine Erhöhung des Pflegegeldes für Pflege durch Angehörige auf die Höhe der ambulanten Sachleistungen sieht die SPD nicht vor. Vorgesehen sind Verbesserungen für erwerbstätige pflegende Angehörige. Sie sollen durch eine neue Familienpflegezeit besser unterstützt werden. Hier soll es ab Pflegegrad 2 bei einer Arbeitszeitreduzierung für jeden nahen Angehörigen 15 Monate Anspruch auf Unterstützung durch Lohnersatz geben. Die Familienpflegezeit soll auf mehrere Pflegepersonen aufteilbar sein und setzt eine Mindestarbeitszeit von 15 bis 20 Stunden voraus. – Da die durchschnittliche Pflegedauer rund sieben Jahre beträgt, ist das allein allerdings kein Ersatz für ein höheres Pflegegeld.

Bündnis 90/Die Grünen:

Beitragsgerechtigkeit: Auch das grüne Wahlprogramm sieht keine kindbezogenen Beitragsentlastungen vor, dafür aber deutliche Leistungsausweitungen bei Rente und Pflege, die zu höheren Kosten führen werden. Zur Finanzierung künftiger Kostensteigerungen wollen die Grünen in der Pflege- und Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung einsteigen, in die jeder einbezogen wird. Auch Beamte, Selbstständige, Unternehmer und Abgeordnete sollen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen beteiligen, die Beiträge sollen auf alle Einkommensarten erhoben werden, auch auf Kapitaleinkommen.

Auch die Rentenversicherung soll schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die perspektivisch alle einbezogen werden. In einem ersten Schritt sollen Selbstständige ohne obligatorische Absicherung und Abgeordnete in die Gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Auch hier ist jedoch keine Berücksichtigung der Kindererziehung bei den Beiträgen geplant, so dass Familien mit höheren Belastungen rechnen müssen. Das gilt auch für den Plan der Grünen, den beitragsfinanzierten Pflegevorsorgefonds zur Finanzierung von Rentenschulden einzusetzen. Zwar wollen die Grünen bei Bedarf die Steuerzuschüsse zur Rente erhöhen, um die Belastungen von Versicherten und Arbeitgebern zu begrenzen – aber weil diese Rentenzuschüsse vor allem aus indirekten Steuern stammen, belasten sie Familien ganz besonders.

Rente für Eltern: Eine bessere Rente für Eltern durch den Ausbau der Kindererziehungszeiten ist nicht vorgesehen. Genauer Prüfung bedarf der neue „Bürgerfonds für die Rente“, in den alle einbezogen werden, die nicht widersprechen. Dabei soll es um eine kapitalgedeckte Altersvorsorge als Ergänzung zum Umlageverfahren und als Ersatz für die Riester- und Rürup-Rente gehen. Die öffentliche Zulagenförderung soll dabei auf niedrige und mittlere Einkommen reduziert werden – hier stellt sich die Frage, was mit den Riester-Kinderzulagen passiert, die ja 2001/2002 als Ersatz dafür eingeführt wurden, dass mit dem Rentenniveau auch der Wert der Kindererziehungszeiten gesenkt wurde.

Pflege in der Familie: Eine Anpassung des Pflegegeldes an die ambulanten Sachleistungen ist nicht vorgesehen. Für Erwerbstätige, die Angehörige, Nachbarn oder Freunde unterstützen, soll es eine PflegeZeit Plus geben, also eine Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedern soll.

FDP:

Beitragsgerechtigkeit: Das FDP-Programm verspricht zwar eine deutliche Entlastung der Bürger bei Steuern und Abgaben, Beitragsgerechtigkeit für Familien findet sich aber nicht. Dafür könnten auf Familien z.B. in der Pflege sogar höhere Kosten vorkommen. Zugleich will die FDP die Pflegeversicherung mit Blick auf den demografischen Wandel durch Kapitaldeckungselemente zur Eigenvorsorge ergänzen – hier kommen also zusätzliche Kosten auf Familien zu, die bereits durch Kinder vorsorgen.

In der Rente plant die FDP eine neue gesetzliche „Aktienrente“, mit der die FDP angesichts der demografischen Entwicklung die Rente stärken will. Dabei handelt es sich um einen kapitalbasierten Aktienfonds, zu dessen Finanzierung wiederum auch die Familien herangezogen werden. Dafür sollen aus dem Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag künftig ca. zwei Prozent des Bruttoeinkommens in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge fließen. Trotz des im Programm angedachten Startbonus von 1.000 Euro für neugeborene Kinder in der Rente würden Familien damit für eine Entwicklung in Mithaftung genommen, für die sie selbst am allerwenigsten können. Teurer kann es für Familien auch noch an anderer Stelle werden: Mit einer „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversicherung will die FDP nämlich festschreiben, dass zusätzliche „versicherungsfremde“ Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Damit würde der Steueranteil

in der Rente noch weiter steigen – und der Steuerzuschuss kommt bislang vor allem aus indirekten Verbrauchsteuern, die Familien und Haushalte mit geringerem Einkommen besonders belasten.

Rente für Eltern: Das FDP-Programm sieht keine kindbezogenen Rentenverbesserungen für Eltern vor. Lediglich das Rentensplitting zwischen den Ehepartnern soll erleichtert werden, damit Partner flexibel über die Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit und damit auch über die Rentenansprüche entscheiden können. Die Familie insgesamt hat davon aber keinen Cent mehr Rentenansprüche. Für die Bewältigung des demografischen Wandels setzt die FDP auf eine „enkelfitte Rente“ – für Enkel braucht es aber auch Eltern und Kinder, die bei den Rentenplänen zu kurz kommen.

Pflege in der Familie: Ein höheres Pflegegeld bei der Pflege durch Angehörige sieht die FDP nicht vor. Pflegenden Angehörigen will sie z.B. mit dem Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen besser unterstützen.

Die Linke:

Beitragsgerechtigkeit: Auch die Linke setzt sich nicht für Beitragsentlastungen von Eltern ein – besonders bitter, denn gerade Arbeitnehmer ohne hohes Einkommen und erwerbstätige Mütter, für die sich die Linke besonders einsetzen will, hätten dadurch mehr im Portemonnaie. Gleichzeitig steht auch hier zu erwarten, dass durch versprochene Verbesserungen in der Sozialversicherung wie z.B. die sofortige Anhebung des Rentenniveaus auf 53% und den Umbau der Pflegeversicherung in eine Vollversicherung die Beiträge steigen werden. Zur Finanzierung setzt die Linke auf die Einführung einer Bürgerversicherung in Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen und Beiträge auf alle Einnahmen erhoben werden.

Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sollen soweit verfassungsrechtlich möglich abgeschafft werden. In der Rente wird die Beitragsbemessungsgrenze zunächst in den alten und neuen Ländern vereinheitlicht und dann in mehreren Schritten drastisch angehoben. Die Höhe der Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnitts sollen abgeflacht werden. Auch diese weitreichenden Reformpläne bleiben aber familienblind, solange die Kindererziehung nicht bei der Berechnung der Beiträge berücksichtigt wird.

Rente für Eltern: Die Linke fordert, die Kindererziehungszeiten pro Kind auf drei Jahre unabhängig vom Geburtsdatum des Kindes anzuheben. Das ist zwar noch lange keine echte Wertschätzung von Sorgearbeit, wie es im Programm heißt, aber immerhin ein erster Schritt.

Pflege in der Familie: Die Linke setzt vor allem auf Pflege durch bezahlte Pflegedienste und Heime, familiäre Pflege soll nur ergänzend geleistet werden, eine Erhöhung des Pflegegeldes auf die Höhe der Sachleistungen ist nicht geplant. Alle Beschäftigten sollen sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls erhalten. Zusammen mit Vertretern pflegender Angehöriger, Sozialverbänden und Gewerkschaften will die Linke ein Konzept für eine Freistellung erwerbstätiger

pflegender Angehöriger mit Lohnersatz entwickeln. Die Schwellenwerte im Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz sollen abgeschafft werden – ohne finanzielle Flankierung wird sich allerdings an der äußerst geringen Nutzung dieser Instrumente nichts ändern.

4. Wohnen: Not oder Hoffnung für Familien?

- *Die Corona-Krise zeigt anschaulich und schmerzhaft, wie sehr eine ausreichend große und familiengerechte Wohnung darüber mitentscheidet, wie Kinder sich entwickeln und wie Familien Belastungen abfangen können. Der DFV setzt sich deshalb für eine bessere Förderung von Wohneigentum ein, das auch Familien mit mehreren Kindern gute Wohnbedingungen ermöglicht und zugleich eine zusätzliche Altersvorsorge darstellt. Konkret fordert der DFV die Wiederaufnahme und Entfristung des Baukindergeldes und die Entlastung der Familien bei der massiv gestiegenen Grunderwerbsteuer durch die Wiedereinführung von Familien-Freibeträgen und eine Senkung der Steuersätze. Wie wollen die Parteien den Familien den Erwerb von Wohneigentum ermöglichen?*
- *Auch am Mietwohnungsmarkt sind Familien die großen Verlierer der Wohnkostenexplosion. Der DFV fordert bezahlbare Mieten für Familien und eine verbindliche Quote für Familienwohnungen im Baugesetzbuch, damit die Familien bei der Bauleitplanung und der städtebaulichen Entwicklung besser berücksichtigt werden. Wie wollen die Parteien bezahlbaren und familiengerechten Wohnraum schaffen?*
- *Klimaschutz ist nötig, aber teuer. Damit Familien- und Klimapolitik nicht gegeneinander ausgespielt werden, fordert der DFV bezahlbare Energie für Familien durch einen familienorientierten Ausgleich und die Übernahme von Energiekosten im Wohngeld. Wie wollen die Parteien Familien- und Klimapolitik zusammendenken?*

CDU/CSU:

Wohneigentum: Die Union will Familien den Erwerb von Wohneigentum ermöglichen und wehrt sich gegen eine „Politik gegen Einfamilienhäuser“. Konsequenterweise, wenn auch abhängig vom Wohlwollen der Länder ist der Plan, die Familien bei der Grunderwerbsteuer zu entlasten. Dafür will die Union es den Ländern ermöglichen, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb von selbst genutztem Wohnraum zu gewährleisten. Eine Verlängerung und Entfristung des Baukindergeldes ist nicht vorgesehen. Stattdessen will die Union das bestehende Wohneigentumsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ausweiten, damit Familien mit Kindern stärker profitieren. Dazu sollen Darlehen, Tilgungszuschüsse oder Zinsverbilligungen nach Anzahl der Kinder gestaffelt werden, Beträge werden noch nicht genannt.

Miete: Die Union baut auf die Schaffung von Wohnraum und lehnt Instrumente wie den Mietendeckel ab. Bis 2025 sollen mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Dafür soll die derzeit befristete steuerliche Abschreibung beim

Mietwohnungsbau verlängert werden. Die Union will den Sozialen Wohnungsbau fördern und mit den Ländern erörtern, ob diese auf jeden Bundes-Euro einen Euro drauflegen. Außerdem soll das Wohngeld ab 2022 regelmäßig angepasst werden. Ob die Neubauziele angesichts der schwierigen Erfahrungen mit Wohnungsnot und Versäumnissen in Ländern und Kommunen wirklich ausreichen, um bezahlbaren und familiengerechten Mietwohnraum zu schaffen, ist aber fraglich, zumal familienorientierte Vorgaben bei der Wohnungsbauförderung fehlen.

Klimaschutz und Familienausgleich: Die Union will Deutschland bis 2045 klimaneutral machen und den „Aufwuchspfad der CO₂-Bepreisung straffen“, wie es etwas verklausuliert im Programm heißt. Durch gezielte Entlastungen will sie sicherstellen, dass Mieter und Eigentümer von der Energiewende profitieren – diese werden allerdings nicht auf Familien heruntergebrochen, so dass die Auswirkungen noch schwer abschätzbar sind. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel sollen in vollem Umfang an die Bürger und Betriebe durch Stromverbilligung zurückgegeben werden. Die EEG-Umlage zur Förderung Erneuerbarer Energien will die Union abschaffen.

Um Mieter vor finanzieller Überlastung bei der energetischen Sanierung des Gebäudebestands zu schützen, will die Union die Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht nehmen und die Förderung der energetischen Sanierung von vermieteten Wohnungen verbessern. Ob und wie die Vermieter mitziehen und inwieweit energetische Modernisierungsmaßnahmen dann die Miete verteuern, bleibt aber fraglich. Eine Beteiligung der Vermieter an den CO₂-Kosten hat die CDU/CSU bereits abgelehnt. Die CSU will die bestehenden Förderprogramme zu einem Klimabonus für Privathaushalte weiterentwickeln. Der Klimabonus soll für private klimafreundliche Investitionen bis zu einer Höhe von maximal 10.000 Euro gewährt werden, 20% davon sollen von der Steuer erstattet werden.

SPD:

Wohneigentum: Die SPD bekennt sich zwar zur Bedeutung des Wohneigentums für die Versorgung mit Wohnraum und für die Alterssicherung. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind aber recht enggeführt: Um insbesondere jungen Familien den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern, will die SPD in angespannten Wohnlagen den Erwerb von Genossenschaftsanteilen erleichtern, Mietkaufmodelle fördern und ein Programm „Jung kauft Alt“ für den Erwerb von Bestandsimmobilien auflegen – von einer breitenwirksamen und bundesweiten Förderung wie dem Baukindergeld ist leider nicht die Rede. Auch bei der Grunderwerbsteuer ist keine Entlastung für Familien vorgesehen.

Miete: Die SPD will 100.000 Sozialwohnungen jährlich bauen und eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen. Um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neuen zu schaffen, will die SPD kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, private Wohnungsunternehmer und Vermieter, die sich einer sozialverträglichen Vermietung verpflichtet fühlen sowie Bauwirtschaft und Gewerkschaften an einen Tisch bringen – eine Ausrichtung an Familien wird zumindest im Programm allerdings nicht zugesagt. In angespannten Wohnlagen soll es ein zeitlich befristetes Mietenmoratorium geben, bei dem Mieten für eine

bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden können. Die Mietpreisbremse soll entfristet und verschärft werden.

Klimaschutz und Familienausgleich: Auch die SPD will, dass Deutschland bis spätestens 2045 komplett klimaneutral ist. Dafür soll der CO₂-Preis weiter steigen. Zum Schutz von Mietern will die SPD gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO₂-Preis von den Vermietern getragen wird. Dabei soll das Ziel der „Warmmieten-Neutralität“ gelten. Hier gilt es genau hinzuschauen, denn bislang dürfen auch Klimasanierungs-Maßnahmen auf die Miete umgelegt werden und fressen die Einsparungen auf – laut Mieterbund beträgt das Verhältnis zwischen Energieeinsparungen und Umlage im Durchschnitt 1:3.

Die EEG-Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien soll in bestehender Form bis 2025 abgeschafft und aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Dazu sollen auch die Einnahmen aus dem CO₂-Preis dienen. Als Beitrag zur sozial gerechten Finanzierung der Energiewende soll der Strompreis sinken. Um Bürger mit niedrigem Einkommen vor den steigenden Kosten zu schützen, will die SPD mit dem Ansteigen des CO₂-Preises für „weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen“ sorgen. Dafür will die SPD einen Pro-Kopf-Bonus prüfen – noch wissen Familien also nicht genau, wo sie bei der SPD mit dem Klimaausgleich dran sind.

Bündnis 90/Die Grünen:

Wohneigentum: Die Grünen fordern ein Recht auf Wohnen im Grundgesetz. Wohneigentum hat bei der Partei aber einen schweren Stand. Im Wahlprogramm steht zwar, dass der Erwerb von Wohneigentum erleichtert werden soll, eine familienorientierte und breitenwirksame Förderung wie das Baukindergeld findet sich aber nicht. Immerhin: Die Grünen wollen es den Ländern ermöglichen, den Steuersatz der Grunderwerbsteuer z.B. für große Wohnungsunternehmen zu erhöhen und für Selbstnutzer zu senken. Vorgesehen sind ansonsten die Förderung von Mietkaufmodellen, günstige Kredite oder Bürgschaften für die Beteiligung an Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter.

Miete: Die Grünen wollen neuen sozialen Wohnraum schaffen, der familiengerecht, öffentlich und gemeinwohlorientiert sein soll. Dafür setzen sie auf eine neue Wohngemeinnützigkeit und wollen die Mittel für den Sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und verstetigen. So soll der Bestand an Sozialwohnungen in den nächsten 10 Jahren um 1 Million erhöht werden. Außerdem soll es Kommunen ermöglicht werden, mehr sozialen Wohnungsbau in Bebauungsplänen festzusetzen – eine klare Bindung an Familienwohnungen fehlt allerdings im Programm. Geplant ist außerdem ein Wohn- und Mietengipfel mit Mietervertretern, Wohnungswirtschaft, Bund, Ländern und Kommunen. Um bezahlbare Mieten zu erreichen, wollen die Grünen durch ein Bundesgesetz Mietobergrenzen ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und verschärfen. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5% begrenzt werden.

Klimaschutz und Familienausgleich: Die Grünen wollen Klimaneutralität bis 2035 erreichen. Sie fordern dafür, die Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorzuziehen (derzeit gilt ein CO₂-Preis von 25 Euro je Tonne) und danach weiter anzuheben. Außerdem soll es einen CO₂-Preis auch auf Strom geben, um den Einsatz von erneuerbaren Energien zu forcieren. Die EEG-Umlage soll

umgestaltet werden und langfristig automatisch auslaufen. Um soziale Unwuchten zu vermeiden, wollen die Grünen ihre Klimaziele nicht nur über die Bepreisung von CO₂ erreichen, sondern über einen Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen, Förderung und Abbau von umweltschädlichen Subventionen.

Als sozialen Ausgleich wollen die Grünen die zusätzlichen Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis als Energiegeld an die Bürger zurückgeben und damit Geringverdiener und Familien entlasten. Wie hoch das Energiegeld sein soll und wie sich das tatsächlich für Familien je nach Einkommen und Familiengröße rechnet, bleibt allerdings vage. Um Mieter vor Belastungen zu schützen, wollen die Grünen die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen so zwischen Vermietern, Staat und Mietern aufteilen, dass sie für alle bezahlbar bzw. wirtschaftlich werden. Die Modernisierungsumlage soll abgesenkt und auf maximal 1,50 Euro pro qm begrenzt werden. Mit einem Zuschuss zum Wohngeld, dem „Klimawohngeld“, wollen die Grünen es auch Empfängern von Wohngeld ermöglichen, in klimafreundlichen Wohnungen zu leben. Für die CO₂-Bepreisung im Wärmebereich sollen die Hauseigentümer aufkommen.

FDP:

Wohneigentum: Gut: Um Bürger beim Erwerb von Wohneigentum zu unterstützen, will die FDP bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen einführen. Der Freibetrag soll wiederauffüllbar sein, damit er bei einem Verkauf für einen neuen Erwerb wieder zur Verfügung steht. Manko: Es fehlen Aussagen zur Wohneigentumsförderung für Familien und zur Weiterführung und Entfristung des Baukindergeldes.

Miete: Fürs bezahlbare Wohnen setzt die FDP auf mehr Wohnungsbau. Sie will die steuerliche Abschreibung für Wohnungsbauinvestitionen verbessern sowie Dachausbau und Dachaufstockungen fördern – ohne Mietkostenobergrenzen oder familienorientierte Vorgaben hilft das Mieterfamilien allerdings nicht unbedingt. Statt auf Sozialen Wohnungsbau setzt die FDP aufs Wohngeld, mit dem sie Menschen mit niedrigem Einkommen den Zugang zum freien Wohnungsmarkt erleichtern will. Erst wenn dort die Wohnungssuche erfolglos bleibt, soll die Berechtigung auf Bezug einer Sozialwohnung erteilt werden. Die Mietpreisbremse soll abgeschafft und das Mietrecht entschärft werden. Einen Mietendeckel lehnt die FDP ab.

Klimaschutz und Familienausgleich: Die FDP strebt Klimaneutralität bis 2050 an. Als Ausgleich für die Bürger will die FDP die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken. Die EEG-Umlagen (Erneuerbare-Energien-Gesetz) soll schrittweise abgeschafft werden. Darüber hinaus will die FDP Aufkommensneutralität durch die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrags, die Klimadividende, an jeden Bürger gewährleisten. Konkret werden die Auswirkungen auf Familien und die Ausgestaltung der Ausgleichs- und Entlastungsmaßnahmen aber nicht dargestellt.

Die Linke:

Wohneigentum: Die Linke will ein Grundrecht auf Wohnen im Grundgesetz einführen. Bauwillige Familien haben aber wenig zu erwarten. Das Baukindergeld, das nachweislich gerade Familien mit geringerem Einkommen und jungen Familien hilft, lehnt die Linke ausdrücklich ab. Zuschüsse und Darlehen soll es künftig vor allem für neue kollektive Wohnformen wie Mietshäusersyndikate oder Mietergemeinschaften geben. Auf die steigende Belastung von Bauherren durch die Grunderwerbsteuer weist die Linke zwar hin, Entlastungen für Familien sind aber nicht vorgesehen.

Miete: Die Linke will im Jahr mindestens 250.000 Wohnungen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau schaffen, die dauerhaft bezahlbar sind. Mit einer neuen Gemeinnützigkeit sollen Förderung und steuerliche Vergünstigungen dauerhaft an Mietobergrenzen gebunden werden. Mit 15 Mrd. Euro pro Jahr sollen der Soziale Wohnungsbau und der kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbau gestärkt und über Belegungsrecht die soziale Wohnraumversorgung verbessert werden. Mit einer Reform des Baugesetzbuchs soll die öffentliche Hand dazu befähigt werden, den Bau von Sozialwohnungen gegenüber Investoren durchzusetzen. Überall soll es einen prozentualen Mindestanteil von Sozialwohnungen geben, 50% des Wohnungsbestandes sollen in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand sein.

Perspektivisch wollen die Linken den Wohnungsmarkt komplett dem Markt entziehen. Gefordert werden außerdem eine Verschärfung des Mietrechts, die Legalisierung von Wohnungsbesetzungen und die Enteignung von großen Wohnkonzernen wie der Deutschen Wohnen. Zur Begrenzung von Mietkosten setzt die Linke auf einen bundesweiten Mietendeckel, die Absenkung besonders hoher Mieten und einen Mietenstopp für bestehende Mietverträge in angespannten Wohnungsmärkten. Bis zur Durchsetzung bezahlbarer Mieten soll als kurzfristige Maßnahme das Wohngeld erhöht und umgebaut werden. Die Linke setzt damit auf eine völlig neue Wohnungspolitik – insgesamt könnten diese Überlegungen allerdings eher zu einem Klassenkampf am Wohnungsmarkt führen als zu einer familienorientierten Wohnungspolitik, bei der alle an einem Strang ziehen..

Klimaschutz und Familienausgleich: Die Linke will Klimaneutralität bis 2035. Entlastungen plant die Linke vor allem für Mieter: Die CO₂-Steuer soll nicht auf die Miete umgelegt werden dürfen. Vermieter, die die Kosten einer energetischen Sanierung nicht tragen können, erhalten nur eine öffentliche Förderung, wenn sie sich zur gemeinnützigen Bewirtschaft ihrer Wohnungen verpflichten. Die Modernisierungumlage soll abgeschafft werden, Aufschläge auf die Miete nur noch in Höhe der erbrachten Einsparung bei Heizung und Warmwasser zulässig sein. Den Strompreis will die Linke dadurch senken, dass die erneuerbaren Energien zu wesentlichen Teilen über den Bundeshaushalt statt über die jetzige EEG-Umlage gefördert werden.

Wohngeld soll auf der Basis der Brutto-Warmmiete gezahlt und um eine Komponente für Stromkosten erweitert werden. Die Heiz-, Warmwasser- und Stromkostenkomponente soll im Wohngeld zu einer Energiekostenkomponente, dem „Klimawohngeld“, zusammengeführt werden, außerdem fordert die Linke ein preisgünstiges Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe. Für den

durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom, Wasser und Heizenergie soll es preisgünstige Sockeltarife geben, was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer – je nach Ausgestaltung könnten hier große Haushalte mit mehreren Kindern und die ohnehin bereits stark durch die steigenden Energiekosten belastete Mittelschicht allerdings zu den Verlierern gehören.

5. Bildung: Fit für die Zukunft?

- *Das deutsche Bildungswesen leidet seit Jahren unter Defiziten, die durch die Corona-Krise überdeutlich geworden sind. Die Bildungsausgaben sind im OECD-Vergleich abgeschlagen, vor allem der Primarbereich und die Sekundarstufe 1 sind unterfinanziert, obwohl gerade hier die Weichen für den Bildungsweg gestellt werden. 16 verschiedene Schulsysteme machen das Bildungswesen zusätzlich für Familien undurchschaubar. Wie wollen die Parteien die Belastungen aus der Pandemie auffangen und das Bildungssystem zukunftsfähig machen?*
- *Schlechte Noten bekommt das Bildungssystem auch bei der Chancengerechtigkeit. Der DFV fordert durchlässige Bildungswege, die Wechsel und Aufstieg ermöglichen, eine gute individuelle Förderung, die dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit sowie deutliche Verbesserungen im Bafög, das nicht einmal mehr 12 Prozent der Studierenden erreicht. Was versprechen die Parteien?*
- *Die massiven Defizite bei der digitalen Bildung haben Kinder, Eltern und Lehrer während der pandemiebedingten Schulschließungen Tag für Tag vor schier unlösbare Probleme gestellt. Der DFV fordert eine verantwortungsvolle Digitalisierung der Bildung und digitale Zugangsgerechtigkeit über echte Lernmittelfreiheit für die digitale Grundausstattung. Wie sieht die digitale Bildungszukunft aus, wenn es nach den Parteien geht?*
- *Bildung ist mehr als Schule und Kita: Der erste und wichtigste Bildungsort ist die Familie – das bestätigen Bildungsstudien immer wieder. Bildungspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Familien stärkt, ihre Leistungen anerkennt und ihnen Zeit für die Bildungsbegleitung ihrer Kinder gibt. Wie wollen die Parteien Familien für die Bildung stark machen?*

CDU/CSU:

Ziele und Finanzierung: Zur Schließung Corona-bedingter Lernlücken will die Union gemeinsam mit den Ländern und Hochschulen Lehramtsstudierende, Seniorlehrkräfte, Anbieter von Nachhilfeleistungen und Volkshochschulen aufrufen, schulbegleitend und während der Ferien die Kinder und Jugendlichen beim Aufholen des Stoffs zu unterstützen. Die Union bekennt sich zum Bildungsföderalismus, fordert aber Standards und Absprachen mit den Ländern ein. Damit jedes Kind seinen Möglichkeiten entsprechend gefördert werden kann, will die Union Schulen in sozial schwierigen Lagen mit der Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“ stärken. Bei der Forschung und Entwicklung will die Union bis 2025 3,5% des Bruttoinlandsprodukts einsetzen – für die wichtigen Bildungsstufen Grundschule und Sekundarstufe I werden entsprechende Zusagen jedoch nicht gemacht. Um

lebenslanges Lernen zu ermöglichen, soll das Bafög flexibilisiert werden. Wer nach dem Bachelor-Abschluss zunächst Berufserfahrung sammelt und erst später seinen Master bekommt, soll nach einer elternunabhängigen Einkommensprüfung auch nach Vollendung des 35. Lebensjahres Bafög erhalten.

Digitale Bildung: Um die digitale Bildung zu stärken, sollen pädagogische Konzepte und die Ausbildung von Lehrern weiterentwickelt und digitale Kompetenzen umfassend in den Unterricht integriert werden. Dafür will die Union bundesweite Bildungskompetenzzentren aufbauen, um Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehrerfortbildungseinrichtungen in den Ländern zu vernetzen. Ein „digitaler Bildungsraum für Deutschland“ soll allen Menschen vom Schulkind bis zum Rentner den Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten erleichtern. Kern soll eine nationale Bildungsplattform sein, mit der die Union bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten Plattform-System verknüpfen will.

Für die Entwicklung von Prototypen, Curricula und didaktischen Konzepten sollen in einem ersten Schritt 150 Mio. Euro bereitgestellt werden. Die CSU will außerdem den derzeit steckengebliebenen DigitalPakt Schule flexibler und praxistauglicher gestalten, damit die Mittel schneller abfließen. In einem zweiten Schritt soll die Verlängerung des DigitalPakts über das Jahr 2024 hinaus geprüft werden. Manko im Unionsprogramm: Aussagen zur Kostenfreiheit der digitalen Grundausstattung und damit zur digitalen Zugangsgerechtigkeit fehlen.

Bildungsort Familie: Die Union betont die Bedeutung der Familie für die Bildung und erkennt ausdrücklich die Leistung der Eltern an, die während der Corona-Krise gleichzeitig Kinder betreuen, beim digitalen Lernen unterstützen und ihre Arbeit von zuhause erledigen mussten. Aber konkrete Hinweise zur Erziehungspartnerschaft oder zu wirkungsvollen Maßnahmen, die Eltern mehr Zeit für ihre Kinder geben, fehlen.

SPD:

Ziele und Finanzierung: Um nach der Corona-Pandemie Bildungsbenachteiligungen entgegenzuwirken, plant die SPD eine „Bildungsinitiative Chancengleichheit in der Bildung“. Sie will sich für eine kostenlose Bildung mit kostenloser Kita- und Schulverpflegung einsetzen. Für Chancengerechtigkeit setzt die SPD vor allem auf Ganztagsangebote und Ganztagschulen – die sind allerdings kein Allheilmittel für mehr Chancengerechtigkeit, wie z.B. die große Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG) zeigt. Bei der Bund-Länder-Zusammenarbeit sollen die Mittel von Bund und Ländern durch die Einführung von Sozialkriterien dorthin gelenkt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Gut: Durch ein Bundesprogramm für Schulsozialarbeit sollen den Kommunen Mittel zur Förderung von Chancenhelfern an jeder Schule bereit gestellt werden. Insgesamt fehlen aber auch bei der SPD klare Aussagen zu höheren Bildungsausgaben. Zusagen beschränken sich wie bei der Union auf die Forschung und Entwicklung, die „kleinen Forscher“ werden nicht erwähnt. Die Altersgrenzen beim Bafög sollen aufgehoben werden. Geplant ist außerdem ein „Neustart-Bafög“, das auch im Erwachsenenalter neue berufliche Wege öffnen soll.

Digitale Bildung: Die digitale Infrastruktur an Schulen soll verbessert werden, jedem Schüler soll ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur Verfügung stehen. Dafür will die SPD weiter in den DigitalPakt Schule investieren und ein unbürokratisches Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen, das sowohl den Sanierungsbedarf der Schulgebäude als auch die digitale Ausstattung umfasst – bislang sind aus dem DigitalPakt wegen der Antragsbürokratie und langwieriger Abstimmungen mit den Ländern allerdings kaum Mittel abgeflossen. Der Schwerpunkt soll auch bei der Digitalisierung auf den Ganztagschulen liegen.

Um den Unterricht zu verbessern, sollen im Rahmen des Digitalpakts auf einer Open-Source-Plattform Lehr- und Lernmaterialien und Unterrichtskonzepte für alle dezentral, sicher und vernetzt zugänglich sein. Um die Qualität der eingestellten Medien auf solchen offenen Plattformen zu sichern, will die SPD die Entwicklung datenschutzkonformer intelligenter Lehr- und Lernsoftware unterstützen. Die Aus- und Fortbildung von Lehrern soll durch bundesweit vernetzte Kompetenzzentren für digitales Lehren und Lernen verbessert werden. Für Schüler und Studierende soll es einen Sozialtarif für den Netzzugang geben. Die SPD strebt eine kostenfreie Bildung an, klare Aussagen zur Kostenfreiheit für die digitale Grundausstattung für Schüler und Familien fehlen aber im Programm.

Bildungsort Familie: Die SPD schreibt zwar, dass die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft davon abhängt, dass Menschen sich für Kinder entscheiden und sie auf ihrem Weg in ein selbstständiges Leben bestmöglich begleiten – die Stärkung des Bildungsorts Familie kommt aber zu kurz im Programm. Für die SPD ist die erste Bildungseinrichtung im Leben eines Kindes heute die Kita, sie setzt auf Kitas und Ganztagschulen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Ziele und Finanzierung: Die Grünen fordern ein Recht auf Bildung, Gebührenfreiheit und mehr Mittel für das unterfinanzierte deutsche Bildungssystem. Vor allem für Kitas und Grundschulen sollen die Investitionen erhöht werden. Zur Finanzierung wollen die Grünen eine neue Vermögensteuer einführen, die die Länder für die Finanzierung der wachsenden Bildungsausgaben einsetzen sollen. Eine konkrete Größenordnung der künftigen Bildungsausgaben für den Primarbereich nennen die Grünen anders als noch in ihrem Grundsatzprogramm aber nicht. Um die Bildungsfolgen der Pandemie zu bewältigen, wollen die Grünen einen Corona-Rettungsschirm für Kinder und Jugendliche aufspannen. Dabei soll es nicht nur um Nachhilfe gehen, auch Sport, Erlebnis- und Kulturangebote sollen ausgebaut werden.

Die Grünen wollen die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen verfassungsrechtlich absichern und sich in Abstimmung mit den Ländern für einheitlichere Bildungsziele einsetzen. Für mehr Chancengerechtigkeit setzen die Grünen auf längeres gemeinsames Lernen und wollen die soziale Spaltung zwischen Schulen durch gezielte Investitionen des Bundes überwinden, die lokal verteilt werden. Im Mittelpunkt der Bildungspolitik stehen auch bei den Grünen Ganztagschulen mit integrierten Ganztagskonzepten – hier müsste bei Vielfalt und Freiwilligkeit des Angebots noch nachgelegt werden. Die Schulsozialarbeit soll in den Kita- und Schulalltag einbezogen und langfristig ausgebaut und flächendeckend als

Bestandteil des Ganztags verankert werden – auch hier gilt aber: mehr Schulsozialarbeit ist nicht nur für Ganztagschulen wichtig, sie muss in allen Schulformen verankert und finanziell abgesichert werden. Das Bafög soll zu einer Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden werden. Erster Schritt sollen ein Garantiebtrag und ein Bedarfszuschuss sein, der den Gesamtbetrag erhöht und dem Großteil des in Frage kommenden Personenkreises zugute kommt. Perspektivisch soll die Grundsicherung elternunabhängig gestaltet sein.

Digitale Bildung: Die Grünen wollen die digitale Bildung mit Fortbildungen für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern sowie schnellem Internet und guter technischer Ausstattung für die Schulen stärken. Im Rahmen der Befugnisse des Bundes sollen eine datenschutzfreundliche digitale Ausstattung und hauptberufliche Administratoren gefördert werden, um die technische Infrastruktur der Schulen aufzubauen und zu pflegen. Die Grünen wollen quelloffene und sichere digitale Lernplattformen oder Videokonferenzsysteme und freie Software fördern. Um den steckengebliebenen DigitalPakt weiterzuentwickeln, soll es klare Ziele und Zeithorizonte geben, die gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden sollen. Gut: Die Grünen fordern Lernmittelfreiheit an Schulen, einschließlich Software und Internetzugang. Kinder aus einkommensarmen Familien sollen für die Schule ein digitales Endgerät erhalten, wenn sie es benötigen.

Bildungsort Familie: Die Grünen erkennen zwar die Leistungen von Eltern während der Pandemie an – vor allem findet Bildung für die Grünen aber in der Kita und der Ganztagschule statt. Für ein gutes und geborgenes Aufwachsen setzen die Grünen auf öffentliche Orte – Erzieher und Lehrer werden zu Recht als systemrelevant bezeichnet, Eltern haben das im grünen Programm nicht geschafft. Hier steht eher die Unterstützung von Eltern bei Defiziten im Vordergrund: vor allem in benachteiligten Regionen sollen Schulen zu Unterstützungsangeboten für die ganze Familie werden.

FDP:

Bildungsziele und -finanzierung: Die FDP will Deutschland bei den Bildungsinvestitionen in die Top 5 der OECD-Staaten bringen. Dafür soll ein Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung investiert werden. Damit erhofft sich die FDP zusätzliche Investitionen von rund 2,5 Mrd. Euro in den Bildungssektor. Für Familien kann das allerdings teuer werden: Denn gerade die Mehrwertsteuer belastet Familien mit geringerem Einkommen und mit mehreren Kindern besonders.

Die FDP will die Kompetenzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen neu regeln und fordert eine Reform des Bildungsföderalismus und eine Grundgesetzänderung, damit Bund und Länder zusammen für die Sicherstellung der Qualität, die Leistungsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Bildungswesens wirken können. Die Schulen sollen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten erhalten, einheitliche Bildungsstandards sollen das Ziel vorgeben. Die Finanzierung von Schulen und Kitas will die FDP auf drei Säulen stellen: einen Sockelbetrag entsprechend der Größe der Schule, Bildungsgutscheine, die pro Kind einen Zuschuss gewähren, und einen „German Dream“-Zuschuss für Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Status. Schulsozialarbeit soll an jeder Schule verfügbar sein, bei

der dringend erforderlichen finanziellen Absicherung der Schulsozialarbeit bleibt die FDP aber vage. Außerdem will die FDP ein elternunabhängiges „Baukosten-BAföG“ einführen. Studierende sollen analog zum bisherigen Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag der Eltern einen monatlichen Sockelbetrag von 200 Euro erhalten. Weitere 200 Euro sollen bei ehrenamtlichem Engagement oder Nebentätigkeiten als Zuschuss gewährt werden. Darüber hinaus soll es ein monatlich anpassbares, zinsfreies und erst bei gutem Einkommen rückzahlbares Darlehen geben.

Digitale Bildung: Digitalkompetenzen und digitale Lern- und Lehrmethoden sollen fester Bestandteil der Lehrerausbildung werden. Mit einem Digitalpakt 2.0, der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt, soll zusätzlich zur Technik auch in IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial und Fortbildungen investieren werden. Die Schulen sollen digital gestütztes Lernen in Präsenz genauso anbieten wie Lernen auf Distanz. Mit Gigabit-Gutscheinen für Privathaushalte will die FDP einem Teil der Kosten erstatten, die bei der Umstellung auf schnellen Netzzugang entsteht. Kosten- und Lernmittelfreiheit für die digitale Grundausstattung wird nicht erwähnt.

Bildungsort Familie: Auf die Bedeutung der Familie für die Bildung der Kinder geht das FDP-Programm nicht vertieft ein – die Aussagen zur Arbeitswelt lassen eher Zeitkonflikte für Eltern befürchten, die ihre Kinder auf ihrem Bildungsweg gut begleiten wollen (siehe unten).

Die Linke:

Ziele und Finanzierung: Die Linke will die Bildung mit einem Investitionsprogramm stärken und fordert eine Bundesoffensive für 100.000 zusätzliche Lehrkräfte und 200.000 Erzieher und Erzieherinnen. Bei der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen will die Linke das Kooperationsverbot aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern. Ein Bildungsrahmengesetz des Bundes für alle Bildungsbereiche soll gleiche Rechtsansprüche und Rahmenbedingungen sowie die bundesweite Anerkennung von Abschlüssen in allen Ländern sichern. Mit Blick auf mehr Chancengerechtigkeit fordert die Linke Lehr- und Lernmittelfreiheit und kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule.

Wie SPD und Grüne setzt die Linke außerdem auf Ganztagschulen, Ziel ist eine ganztägig organisierte Gemeinschaftsschule für alle Kinder. Gut: Die Schulsozialarbeit soll an jeder Schule dauerhaft ein fester Bestandteil der schulischen Arbeit werden. Dafür soll sie im Jugendhilferecht als Regelaufgabe verankert werden. Durch ein Programm zur Schulsozialarbeit wird der Einsatz mindestens einer Fachkraft für Schulsozialarbeit je 150 Schüler garantiert. Um Brennpunktschulen und sozial schwache Kommunen besser zu fördern, soll der Königsteiner Schlüssel als Verteilungsinstrument für Fördermittel des Bundes für die Bildung durch einen Sozialindex ersetzt werden. Das Bafög soll zu einer rückzahlungsfreien, elternunabhängigen und bedarfsgerechten Leistung umgestaltet werden. Der Fördersatz soll regelmäßig und automatisch an die Lebenshaltungs- und Wohnkosten angepasst werden, die Altersgrenzen will die Linke abschaffen.

Digitale Bildung: Die Linke will den DigitalPakt Schule mitsamt Zusatzvereinbarungen zu Geräten und Administration verstetigen. Die IT-Infrastruktur an Schulen soll durch Fachpersonal betreut werden, Lehrer sollen in der Benutzung der digitalen Technologien und in Datenschutzfragen fortgebildet werden. Die Linke fordert außerdem WLAN für alle Lern- und Arbeitsräume, eine zeitgemäße Hard- und Softwareausstattung und die Förderung von Offener Software und freien Lehr- und Lernmaterialien mit offener Lizenz. Digitale Kompetenzen und Unterrichtsmethoden sollen fester Bestandteil des Lehramtsstudiums werden.

Die Lernmittelfreiheit soll an allen Schulen auch für digitale Geräte sichergestellt sein. Jedem Kind soll ein mobiles Endgerät und ein Drucker samt Verbrauchsmaterialien zur Verfügung gestellt werden, über einen kostenfreien Bildungstarif soll es zuhause Zugang zum Internet erhalten. Für Hartz-IV-Bezieher sind einmalige Leistungen für die digitale Ausstattung von Erwachsenen geplant, die laufenden Kosten für Digitales sollen in den Regelsätzen enthalten sein. Schulpflichtige Kinder im Leistungsbezug sollen als Sofortmaßnahme einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 500 Euro für Computer, Drucker und weitere IT-Ausstattung bekommen, der später in die Kindergrundsicherung überführt werden soll (siehe oben).

Bildungsort Familie: Lernende, Lehrende und Eltern sollen über die Schule mitentscheiden können, aber Familie als erster Bildungsort hat es nicht ins Programm der Linken geschafft – sie setzt vor allem auf Ganztagschulen und Ganztagskita.

6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung:

- *Familien haben laut Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht das Recht auf Wahlfreiheit bei der Gestaltung der Kinderbetreuung und bei der Entscheidung darüber, wie sie Familie und Beruf vereinbaren wollen. Geben die Parteien den Eltern Wahlfreiheit?*
- *Damit Eltern sich die Wahlfreiheit auch leisten können, fordert der DFV ein Betreuungsbudget von mindestens 700 Euro im Monat während der dreijährigen gesetzlichen Elternzeit, damit Eltern ihre Kinder selbst betreuen oder sich gute Betreuungsangebote aussuchen können. Wie wollen die Parteien junge Familien mit kleinen Kindern unterstützen?*
- *Denkt das Programm von der familiengerechten Arbeitswelt her oder steht eher die wirtschaftsgerechte Familie Pate bei den Plänen der Parteien? Hier haben wir vor allem geprüft, wie konkret die Parteien werden und ob die Politik als öffentlicher Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht, zum Beispiel bei der Anerkennung von Familienqualifikationen bei der Einstellung und Beförderung.*
- *Betreuungsangebote sind wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – aber nur qualitativ gute Betreuungsangebote mit gutem Personalschlüssel und kleinen Gruppengrößen sind auch gut für die Kinder. Der DFV fordert deshalb bundesweit verbindliche Qualitätskriterien von der Kita bis zur Betreuung von Grundschulkindern. Wie ernst ist es den Parteien mit einer besseren Qualität bei Kinderbetreuungsangeboten?*

CDU/CSU:

Wahlfreiheit: Im Unions-Programm heißt es wörtlich: „Es ist unser Anspruch, Familien Zeit zu geben. Wir bekennen uns zur Wahlfreiheit für Eltern – sie wissen am besten, was gut für ihre Kinder ist“. Eine gute Aussage – konkrete Maßnahmen, wie Eltern sich diese Wahlfreiheit zum Beispiel während der dreijährigen Elternzeit auch leisten können, fehlen aber im Programm. Das Elterngeld soll durch die Verlängerung der Partnermonate auf insgesamt 16 Monate ausgedehnt werden, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen. Laut CSU-Zusatzprogramm soll es dabei weiterhin bei der Begrenzung auf 12 Monate pro Elternteil bleiben – ein längeres Elterngeld gibt es also nur dort, wo Mütter und Väter beide über längere Zeit in Elternzeit gehen können, das ist gerade bei kinderreichen Familien oft nicht möglich.

Familiengerechte Arbeitswelt: Die Union will sich für eine familiengerechte Arbeitswelt statt arbeitsmarktgerechter Familien einsetzen. Eltern sollen in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit reduzieren können. Konkret hingewiesen wird auf die sogenannten Zeitwertkonten, die als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar gemacht werden sollen. Eltern sollen dabei angesparte Zeit einsetzen können, um in der Familienphase ohne finanzielle Nachteile weniger zu arbeiten.

Auch staatliche Fördermittel sollen auf Familienzeitkonten gebucht werden können – das ist wichtig, weil Eltern schlicht nicht die Zeit haben, auch noch Zeit anzusparen, hier muss die Union also bei einer Regierungsbeteiligung klare Beträge nennen. Außerdem will die Union möglichst vielen Beschäftigten die mobile Arbeit erleichtern. Die CSU will außerdem die während der Corona-Pandemie eingeführte Home-Office-Pauschale bei der Einkommensteuer erhalten und zu einer Pauschale für mobiles Arbeiten in Höhe von 1.000 Euro zusätzlich zur bestehenden Werbungskostenpauschale ausbauen. Gut: Die Union widmet dem Staat als öffentlichem Arbeitgeber einen ganzen Abschnitt. Sie will dafür sorgen, dass keine Frau und kein Mann wegen der Erziehung der Kinder oder Pflege von Angehörigen benachteiligt wird. Dafür sollen im öffentlichen Dienst diese Zeiten besser als bisher bei Beförderungen und Bewerbungen als Qualifikation berücksichtigt werden.

Gute Kinderbetreuung: Eltern und Kinder sollen ein Recht auf eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung haben, die verlässlich und dem Bedarf angemessen ist. Dafür will die Union den Kita-Ausbau auch über 2022 hinaus fördern. Beim Kita-Ausbau soll auch die Qualität weiterentwickelt werden, verbindliche und bundesweite Qualitätskriterien haben es aber nicht ins Wahlprogramm geschafft. Die CSU setzt in ihrem Zusatzprogramm auf eine Kita-Ausbauoffensive mit flexibleren Öffnungszeiten, einem flächendeckenden Angebot und mehr Betriebs-Kitas und will die Bundesbeteiligung an den Kosten für die Kinderbetreuung in Höhe von 2 Mrd. Euro über 2022 hinweg dauerhaft fortsetzen.

SPD:

Wahlfreiheit: Die SPD schreibt, dass Kinder Liebe, Zuwendung und viel gemeinsame Zeit brauchen – in den Aussagen des Wahlprogramms stehen die Signale allerdings eher auf weniger Zeit für Kinder und Wahlfreiheit für Familien: Im

Vordergrund steht die möglichst umfangreiche Erwerbstätigkeit beider Eltern – angestrebt als Modell der Gleichberechtigung zwischen Müttern und Vätern, letztlich aber die Festlegung der Familien auf einen bestimmten Lebensweg. Das prägt auch das „Vier-Säulen-Modell“ der SPD für mehr Familienzeit: Neben der Familienpflegezeit (siehe oben) sieht die SPD dabei als erste Säule zwei Wochen Elternschaftsurlaub direkt nach der Geburt des Kindes vor, auf den der Vater kurzfristig und sozial gesichert Anspruch hat.

Die zweite Säule soll eine Familienarbeitszeit sein, mit der der derzeitige Partnerschaftsbonus beim ElterngeldPlus zu einer flexiblen geförderten Elternzeit nach dem ersten Lebensjahr ausgebaut werden soll. Dieses Modell eignet sich allerdings nur für Familien, die schon bald nach der Geburt beide wieder umfangreich erwerbstätig sein wollen: Wenn in Paarfamilien beide Elternteile (bzw. Alleinerziehende) gleichzeitig etwas weniger als Vollzeit arbeiten, sollen sie zukünftig je zehn Monate ElterngeldPlus erhalten, mindestens 200 Euro und höchstens 900 Euro. Eine Erhöhung des Mindestelterngelds ist nicht geplant. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die allerdings recht missverständlich als „Elterngeld akut“ bezeichnete dauerhafte Ausweitung der pandemiebedingt erhöhten Kinderkrankentage auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil (derzeit gelten allerdings 30 Tage pro Kind). Auch anderer kurzzeitiger Betreuungsbedarf soll künftig über dieses „Elterngeld akut“ organisiert werden.

Familiengerechte Arbeitswelt: Die SPD will Eltern bei der Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf besser unterstützen, zumal wenn sie neben der Kindererziehung noch Alltagshilfe oder Pflege für ältere Angehörige leisten. Der Zugang zur Brückenteilzeit (also der Anspruch, die Arbeitszeit für einen bestimmten Zeitraum zu reduzieren und dann zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückzukehren) soll für mehr Beschäftigte möglich sein. Außerdem will die SPD einen Rechtsanspruch auf mobile Arbeit auf Basis der Freiwilligkeit für Arbeitnehmer einführen. Grundsätzlich sollen Beschäftigte bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens 24 Tage im Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten können, wenn es die Tätigkeit erlaubt.

Ansonsten setzt die SPD auf Langzeitkonten, die sie zu einem persönlichen Zeitkonto weiterentwickeln will. Basis des neuen Zeitkontos sollen Zeiteinzahlungen der Beschäftigten z.B. durch Überstunden sein. Das Zeitguthaben soll per Tarifvertrag oder durch den Staat aufgestockt werden können – ohne klare Aussagen zu einem Familienzeit-Bonus gilt allerdings wie bei der Union, dass dieses Modell nicht für junge Familie greift, die zwischen Beruf und Kindererziehung ohnehin zu wenig Zeit haben, um auch noch Zeit anzusparen. Das Entgelttransparenzgesetz soll weiterentwickelt werden und Unternehmen und Verwaltung verpflichten, Löhne und Gehälter im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und Verfahren festzulegen, mit denen Ungleichheit bei der Entlohnung beseitigt wird. Eine Anerkennung von Familienqualifikationen bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst ist nicht vorgesehen.

Gute Kinderbetreuung: Der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten steht für die SPD im Vordergrund bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie will frühkindliche Betreuungsangebote weiter ausbauen und setzt auf beitragsfreie Kitas und das bereits von der jetzigen Bundesregierung zugesagte Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. Auch bei der SPD findet sich kein Hinweis auf bundesweit verbindliche Qualitätskriterien für Betreuungsangebote.

Bündnis 90/ Die Grünen:

Wahlfreiheit: Auch die Grünen setzen auf die doppelte (Fast-)Vollzeit für Eltern. Dies soll der Gleichberechtigung von Frauen und Männern dienen, aber auch der Fachkräftesicherung für die Wirtschaft – und nicht zuletzt die Rente sichern: Laut Wahlprogramm soll die Frauenerwerbsquote erhöht werden, um das Rentenniveau zu sichern. Gerade kinderreiche Familien, die schon besonders viel in die Zukunft der Rente investieren und bei denen wegen der Kindererziehung seltener beide Eltern erwerbstätig sind, drohen dabei aus dem Blick zu geraten. Mit einer neuen KinderZeitPlus soll das Elterngeld auf 24 Monate ausgeweitet werden: Pro Elternteil gibt es je acht Monate, weitere acht Monate können untereinander aufgeteilt werden. Eine freie Aufteilung der Monate so, wie es zur Familie passt, ist damit nicht möglich, auch setzt die verlängerte Leistung zumindest Teilzeiterwerbstätigkeit beider Eltern voraus. Eine finanzielle Absicherung der dreijährigen gesetzlichen Elternzeit für alle Familien steht damit weiter aus.

Familiengerechte Arbeitswelt: Der Anspruch auf Kinderkrankengeld soll auf 15 Tage pro Kind und Elternteil steigen, Alleinerziehende sollen 30 Tage bekommen. In den ersten Lebensjahren soll es einen zusätzlichen erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze soll auf 14 Tage angehoben werden – die Richtung stimmt, aber der Schritt ist zu klein: Derzeit beträgt der Anspruch pandemiebedingt immerhin 30 Tage. Damit Eltern nicht aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, in der Arbeitswelt benachteiligt werden, wollen die Grünen notwendige Maßnahmen inklusive erforderlicher Gesetzesänderungen ergreifen, heißt es außerdem recht vage im Programm. Verwiesen wird auf einen flexiblen Vollzeitkorridor und auf ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit auch für kleinere Betriebe. Die Sozialpartner sollen dabei unterstützt werden, flexible Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmer zu ermöglichen.

Geplant ist außerdem ein Recht auf mobiles Arbeiten. Die Kosten fürs mobile Arbeiten sollen vom Arbeitgeber erstattet werden oder steuerlich absetzbar sein. Die Grünen wollen ein Entgeltgleichstellungsgesetz auch für kleine Betriebe. Beim Frauenanteil in Aufsichtsräten und Führungspositionen sollen Unternehmen, die in der Hand des Bundes sind oder an denen der Bund beteiligt ist, sowie Ministerien und Behörden mit gutem Beispiel vorangehen. Bei Einstellungen und Beförderungen soll neben der Gleichstellung der Geschlechter auch die gesellschaftliche Vielfalt beachtet werden. Eine Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes bei der Berücksichtigung von Kindererziehung und Familienqualifikationen wird nicht erwähnt.

Gute Kinderbetreuung: Die Grünen setzen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem auf Kinderbetreuung und Ganztagsangebote. Das Engagement des Bundes beim Platzausbau soll weitergeführt und verstärkt werden. Auch für Schicht- und Wochenendarbeit soll es Angebote geben. Gut: Die Grünen fordern ein Bundesqualitätsgesetz und wollen verbindliche Qualitätsstandards überall in der Kinderbetreuung erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und Wissenschaft weiterentwickeln.

FDP:

Wahlfreiheit: Die FDP will sich dafür einsetzen, dass jede Familie ihre Entscheidungen selbst treffen kann. Ausgerechnet für Eltern bietet die Partei aber wenig Freiheit der Wahl. In die richtige Richtung geht die geplante Anhebung der Mindestbeträge beim Elterngeld, auch die Maximalbeträge will die FDP erhöhen.

Eine kleine, aber sinnvolle Verbesserung wäre auch die geforderte Einführung eines „Partnerschutzes“ analog zum Mutterschutz: Nach der Geburt eines Kindes soll der andere Elternteil das Recht haben, zehn Arbeitstage in Partnerschaft zu gehen. Ansonsten unterstützen die Elterngeld-Pläne der Liberalen aber tendenziell eher eine Erwerbstätigkeit beider Eltern schon während der dreijährigen gesetzlichen Elternzeit: Die FDP will den Rechtsanspruch auf Partnermonate beim Elterngeld von zwei auf drei Monate verlängern. Damit soll sich die Bezugsdauer auf maximal 15 Monate verlängern – allerdings können die Eltern diese Monate nicht frei aufteilen. Außerdem will die FDP den Partnerschaftsbonus flexibilisieren, also die Möglichkeit für beidseitig erwerbstätige Eltern, ElterngeldPlus zu beziehen. Dafür sollen Hemmnisse z.B. beim Insolvenzgeld oder bei Mischeinkünften abgebaut werden..

Familiengerechte Arbeitswelt: Die FDP setzt vor allem auf flexible Arbeitszeiten – das allein garantiert allerdings noch kein Plus an Familienzeit. Geplant ist außerdem ein Erörterungsanspruch auf mobiles Arbeiten und Homeoffice. Das zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarte Homeoffice soll durch eine höhere Werbungskostenpauschale steuerlich besser absetzbar sein. Für mehr Frauen in Führungspositionen setzt die FDP auf Arbeitsmodelle wie geteilte Führung („Jobsharing“ und „Topsharing“). Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren unternehmensinternen Gender-Pay-Gap auswerten und veröffentlichen. Außerdem soll es bessere Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Weiterbildung und Familie geben, um die Karrierechancen vor allem für Frauen zu steigern. Der öffentliche Dienst soll berufliche Qualifikationen für höhere Karrierewege gleichberechtigt anerkennen, eine Anerkennung von Qualifikationen aus der Familienarbeit ist nicht vorgesehen.

Gute Kinderbetreuung: Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf will die FDP Betriebskindergärten fördern, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung perspektivisch schon ab dem Ende des Mutterschutzes garantieren, die Betreuungszeiten flexibilisieren und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglichen. Für die Finanzierung von Kitas sollen Bildungsgutscheine eingeführt werden. Um die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu stärken, sollen sich Bund und Länder auf ambitionierte gemeinsame Standards für Betreuungsschlüssel und frühkindliche Bildungsinhalte verständigen.

Die Linke:

Wahlfreiheit: Die Linke spricht sich in ihrem Programm sehr deutlich gegen „traditionelle“ Rollenverteilungen aus und will Familien fördern, in denen beide Eltern vollzeitnah erwerbstätig sind. Der Elterngeldanspruch soll auf 12 Monate je Elternteil verlängert werden, der Anspruch ist allerdings nicht auf den anderen Elternteil übertragbar. Gut: Das Elterngeld soll nicht mehr auf Hartz IV angerechnet werden.

Geplant ist außerdem ein zusätzlicher bezahlter Elternschutz von 10 Tagen für den zweiten Elternteil nach der Geburt.

Familiengerechte Arbeitswelt: Die derzeit pandemiebedingt ausgeweiteten Kinderkrankentage sollen dauerhaft verlängert werden. Die Linke fordert außerdem einen Anspruch auf familienfreundliche Schichtzeiten und einen Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen. Eine über das Elterngeld hinausgehende Unterstützung für Eltern findet sich aber nicht konkret im Programm. Die Linke setzt stattdessen auf eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung in Richtung der „kurzen Vollzeit“ (28 bis 35 Stunden) mit vollem Lohnausgleich. Geplant ist außerdem ein Recht auf Homeoffice, sofern die Art der Tätigkeit es zulässt. Das Entgeltgleichheitsgesetz soll verschärft werden, bei der Gleichstellung von Frauen und Männern sollen öffentliche Unternehmen mit gutem Beispiel vorangehen – eine besondere Berücksichtigung von Kindererziehung ist dabei aber nicht vorgesehen.

Gute Kinderbetreuung: Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verspricht die Linke einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz und eine gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten. Die öffentlichen Betreuungsangebote insbesondere für Kinder ab dem ersten Lebensjahr sollen ausgebaut werden. Zur Sicherung der Qualität und für den weiteren Ausbau von Kitaplätzen soll der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen. Die Linke setzt sich für einen Anspruch auf gute Betreuung, kleine Gruppen und eine gebührenfreie Kinderbetreuung ein und fordert ein Kitaqualitätsgesetz mit einem Betreuungsschlüssel, der an Personalstärke und Zeitkontingent angepasst wird.

Deutscher Familienverband e.V.
Erarbeitung: Iris Emmelmann
Stand: 19.09.2021